

INFRASTRUKTURFORUM

des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

Dienstag, 30. Oktober 2012,
MARITIM Hotel proArte, Berlin

Fachforum I

**„Infrastrukturprojekte und Bürgerbeteiligung –
Schlichtung als Normalfall?“**

STATEMENT

Dr. Arndt Neuhaus

Vorstandsvorsitzender, RWE Deutschland AG

1. Eine erfolgreiche Umsetzung von Infrastrukturprojekten erfordert Transparenz und Akzeptanz. Hierbei spielt der Dialog mit der Öffentlichkeit eine wichtige Rolle. Ohne gesellschaftliche Akzeptanz steht insbesondere die Energiewirtschaft vor noch größeren Herausforderungen. Technische Fortschritte und politische Beschlüsse allein garantieren keine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende. Die Bürger müssen frühzeitig und konkret über geplante Maßnahmen und die Folgen des Umbaus der Energieversorgung informiert werden.
2. Gleichzeitig sind Bürger heutzutage eher bereit als früher, Infrastruktur- und Großprojekte kritisch zu hinterfragen. Die gesellschaftliche Akzeptanz für Demonstrationen gegen Großprojekte – selbst wenn diese bereits den Genehmigungsprozess durchlaufen haben – ist deutlich gestiegen (siehe Stuttgart21). Darüber hinaus manifestiert sich darin ein grundsätzlich erstarktes Selbstbewusstsein der Zivilgesellschaft.
3. Proteste sind nicht allein durch persönliche Interessen der Bürger motiviert. Viele Bürger haben schlichtweg das Vertrauen in die Politik und große Unternehmen verloren. Sie bezweifeln, dass es Politikern noch um das Gemeinwohlinteresse geht und befürchten, dass Unternehmen nur ihre Profitinteressen verfolgen. Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat diese Wahrnehmung weiter verschärft.
4. In Bürgerbeteiligung zu investieren kann dazu beitragen, Eskalationen zu vermeiden, Planungs- und Genehmigungsprozesse zu beschleunigen und dadurch mehr Planungssicherheit für Investoren schaffen. Bürger sollten über geplante Großprojekte frühzeitig, transparent und ergebnisoffen informiert werden. Dafür eignet sich zunächst das Internet als Medium. Über Meinungsforen können sich interessierte Bürger austauschen und Planern neue

Anregungen geben oder alternative Vorschläge machen. Zu konkreten regionalen Projekten können Workshops oder Befragungen durchgeführt werden.

5. Neben der Mitentscheidung von Bürgern bei Planungsprozessen von Großprojekten kann auch die Möglichkeit der finanziellen Beteiligung ausschlaggebend für die Akzeptanz in der Bevölkerung sein. Die Beteiligung kann zum Beispiel über lokale Finanzinstitute erfolgen.
6. Auch die Politik ist in der Pflicht, die bestehende Beteiligungspraxis zu überdenken. Zentrale Erkenntnis einer von RWE in Auftrag gegebenen Studie zum öffentlichen Umgang mit Infrastrukturprojekten lautet: Die Politik möge Position beziehen, die komplizierten Zusammenhänge erklären und den Preis der Energiewende für Deutschland aufzeigen. Wir alle werden den Prozess der erfolgreichen Bürgerbeteiligung nicht von heute auf morgen lösen können. Wir werden auch nicht alle Bürger überzeugen können. Wichtig ist, dass wir aktiv aufklären und die Mehrheit der Bürger von der Notwendigkeit, aber auch allen Nebeneffekten der Umsetzung der Energiewende überzeugen.